

13. stud. ost

Studierende in der DDR und danach

Peer Pasternack

1989 absolvierten in der DDR an 54 Hochschulen und etwa 250 Fachschulen ca. 135.000 Studierende ein Direktstudium. Rund zehn Prozent eines Altersjahrgangs erwarben das (zulassungsbeschränkte) Abitur und nutzten die damit erworbene Hochschulzugangsberechtigung auch fast vollständig. Im berufsbildenden und Erwachsenenbildungsbereich gab es weitere Möglichkeiten, die Hochschulreife zu erlangen. Die Akademisierungsquote pro Altersjahrgang betrug in den 80er Jahren zwölf Prozent. Die Studierenden an Hochschulen machten ca. achtzig Prozent der GesamtstudentInnenschaft aus (für den drei- bis vierjährigen Fachschulbesuch war das Abitur keine Voraussetzung). Das Studium war sehr strikt organisiert, vollzog sich innerhalb von Seminargruppen und mit festen Studienplänen. Eine staatliche Stipendienregelung sicherte allen Studierenden monatlich 200,- Mark, was einem Viertel eines Facharbeiterlohnes entsprach. Ebenso garantierte der Staat jedem Hoch- und Fachschulabsolventen einen Arbeitsplatz (auch wenn die bildungsplanerischen Vorausberechnungen des Akademikerbedarfs sich nie bestätigten⁹⁵). Gleichzeitig hatte sich jede/r Studienanfänger/in verpflichten müssen, nach Abschluss des Studiums drei Jahre dort zu arbeiten, wo es die „gesellschaftlichen Erfordernisse“ geböten.

In diese Atmosphäre des Behütetseins platzte der '89er Herbstumbruch hinein. In dessen Kernphase verhielten sich die Studierenden – wie ihre Hochschullehrer/innen und die Hochschulen insgesamt – sowohl differenziert als auch widersprüchlich.⁹⁶ Zunächst hatten sie sich nicht zu einem kollektiven (Mit-)Auslöser des Umbruchs auf der Straße formiert. Das kann kaum verwundern. Es hatte dies eine gesellschaftliche und eine gruppenspezifische Ursache:

- Nicht nur die Studierenden waren kein kollektiver Träger der Demonstrationen, sondern der gesamte 89er Herbst-Aufbruch wurde von keiner sozialmilieubestimmten Gruppe initiiert und getragen. Vielmehr war dieser Aufbruch der DDR-Gesellschaft von politisch motivierten, nämlich den Bürgerrechtsgruppen als punktueller Protest initiiert worden. Zu Massen auflaufende Einzelindividuen jeglicher sozialer Herkunft verallgemeinerten den Aufruhr. Das Regime schließlich, das seiner Selbstgewissheit verlustig gegangen war, tolerierte den Vorgang faktisch.
- Gruppenspezifisch erklärt sich die studentisch-kollektive Abstinenz bei der Auslösung des Umbruchs aus biografischen Prägungen: Als dritte Generation der DDR unter permanenter staatssozialistischer Indoktrination sozialisiert, in rigide wirkenden, zusätzlich disziplinierenden Ausleseprozessen an die Hochschule gelangt und dort in ein verschultes Studiensystem integriert, hatten die Studierenden ein bedeutendes Maß an Fremdzwangsteuerung internalisiert. Umso mehr überrascht es, dass sie dann nach kurzer Zeit auch Selbststeuerungspotenziale zu mobilisieren vermochten.

Ab Mitte Oktober 1989 war eine studentische Bereitschaft zu gestalterischem Handeln zu beobachten. Diese zeigte sich vor allem im Aufbau studentischer Selbstverwaltungen gegen die – ein studentisches Vertretungsmonopol beanspruchende – Staatsjugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ). Eine Erklärung dafür findet sich in dem Umstand, dass die Identifikation der DDR-Studierenden mit dem System bereits in den letzten Jahren zuvor rapide abgenommen hatte. In den achtziger Jahren war – nach den Untersuchungen *Studentenintervallstudie 1977* und *Student 89* – unter den DDR-Studenten ein signifikan-

⁹⁵ vgl. Helmut Köhler / Manfred Stock: Bildung nach Plan? Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR (1949-1989), in diesem Heft, S. 38-40

⁹⁶ Peer Pasternack / Thomas Neie (Hg.): stud. ost 1989-1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, hrsg. unt. Mitarb. v. Ralph Meder, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2000

Die Identifikation der DDR-Studierenden mit dem System hatte in den letzten Jahren vor 1989 rapide abgenommen. Die einschränkungslose Verbundenheit mit der SED (1977: 32 %) war im Frühjahr 1989 auf 7 % gefallen

ter Ablösungsprozess von der SED- und Staatsführung zu beobachten. Die einschränkungslose Verbundenheit mit der SED, im Jahre 1977 noch 32 Prozent, war im Frühjahr 1989 auf 7 Prozent gefallen. Diejenige mit der FDJ hatte einen Rückgang von 1977 36 Prozent auf 1989 2 Prozent zu verzeichnen.⁹⁷

Allerdings geschahen diese Distanzierungen vor dem typischen Hintergrund der geschlossenen Gesellschaft. Das unmittelbare Erleben von und die Auseinandersetzung

mit gesellschaftlichen Alternativen war versperrt. Es konnte folglich die erlebbare Gesellschaft nur mit ihren eigenen selbstformulierten Ansprüchen verglichen werden. Derart basierte der studentische Distanzierungsprozess gerade auf dem Ernstnehmen der vorgegebenen sozialistischen Programmatik und nicht auf einer Loslösung von dieser.⁹⁸

Auffällig aber vor allem war, dass sehr schnell die Notwendigkeit erkannt wurde, studentische Interessen zu organisieren. In Gestalt der Studentenräte (StuRa) wurde ein eigenständiges Organisationsmodell entwickelt und durchgesetzt. Die Studierenden erkämpften sich damit im Herbst 1989 selbstbestimmt eine eigene organisatorische Struktur und waren damit allen anderen Gruppen an den DDR-Hochschulen zeitlich weit voraus.

Seither sind die Studierenden in der DDR wie auch nach der DDR Gegenstand intensiver Untersuchungen gewesen.⁹⁹ Für die Aufarbeitung der DDR-Studierendengeschichte lässt sich die vorliegende Literatur wie folgt resümieren:

- Die allgemeine Sozialgeschichte des Studiums ist im Verhältnis zur Bedeutung, die der Alltag im historischen Realgeschehen einnimmt, unterrepräsentiert.
- Das Themenfeld „Student und Politik“ wird angemessen behandelt. Innerhalb dieses Politik-Segments wiederum sind studentischer Widerstand, Repression und Renitenz quantitativ gut vertreten.
- Die Erforschung des Studiums in den einzelnen Fächern ist unausgewogen.
- Die 60er und 70er Jahre sind studentenhistorisch bislang sehr unterbelichtet; dagegen stoßen die Jahre zwischen 1945 und 1961 sowie die Schlussphase der DDR auf vorrangiges Interesse.
- Vergleichende Studien fehlen gänzlich: Dies betrifft sowohl Vergleiche zwischen DDR und Bundesrepublik als auch solche zwischen der DDR und anderen Ostblock-Staaten.

Für die Zeit nach 1989 können die Studierenden im Vergleich der diversen sozialen Gruppen als die besterforschte Gruppe der ostdeutschen Partialpopulation gelten.¹⁰⁰ Keine andere Gruppe – Facharbeiter, Naturwissenschaftler, Künstler, Funktionäre usw. – ist derart empirisch durchleuchtet worden wie die der Studierenden. Das lässt sich auf zwei Gründe zurückführen. Der erste ist, dass viele wissenschaftliche Autoren selbst noch Studierende gewesen sind oder kurz zuvor noch waren. Daraus ergaben sich Affinitäten zu milieuspezifischen Forschungsthemen etwa für Dissertationen. Der zweite Grund ist, dass die Sozialwissenschaften für empirische Erhebungen Untersuchungsgruppen benötigen, und dass dafür der Zugriff auf Studierende besonders leicht ist. Daher sind im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen Studie-

⁹⁷ Uta Starke: Ostdeutsche Studenten zwischen Wende und deutscher Einheit, in: hochschule ost 8/1992, S. 16-21, hier S. 16f.

⁹⁸ Heinz Ulrich: Resignation und Entpolitisierung. Die Studierenden auf dem Rückzug, in: Peter Förster / Walter Friedrich / Harry Müller / Wildfried Schubarth: Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt, Leske + Budrich, Opladen 1993, S. 208-216, hier S. 209

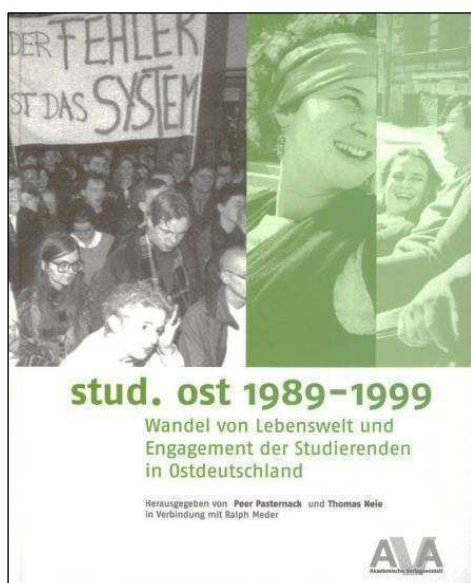
⁹⁹ Peer Pasternack: Studium und Studierende in der DDR: Dokumentations- und Forschungsaktivitäten seit 1990. Eine Übersichtsdarstellung, in: GDS-Archiv zur Hochschul- und Studentengeschichte Bd. 6, SH-Verlag, Köln 2003, S. 145-159

¹⁰⁰ Peer Pasternack: Studierende in Ostdeutschland 1989–1999. Bibliographie, in: ders. / Th. Neie (Hg.), stud. ost 1989-1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2000, S. 425-453

rende in der empirischen Sozialforschung grundsätzlich überrepräsentiert, so auch in der ostdeutschlandbezogenen Transformationsforschung.

Am Anfang studentischen Bewegtseins in Ostdeutschland hatte die Emanzipation von den Wertvorstellungen und Institutionen des real-sozialistischen Systems gestanden. Dieser Prozess war naturgemäß *auch* geprägt durch Verhaltensformen und Affinitäten, die zu dem gehörten, von dem es sich zu emanzipieren galt. Die eigenständige Abschaffung der Fremdverwaltung der Studierenden und die Durchsetzung ihrer Selbstverwaltung durch die Bildung unabhängiger Studentenräte war originärer Bestandteil des demokratischen Aufbruchs im Lande.

Nach einer euphorischen Aufbruchphase kam es dann zur Pragmatisierung der Ansprüche. Dies geschah zudem im Kontext alsbald einsetzender gesellschaftlicher Verteilungskämpfe und war von daher stark auf soziale Interessenvertretung konzentriert. Die studentischen Handlungsformen wurden durchgehend dominiert von pragmatischer Gremienarbeit und phasenweise koloriert durch Aktionen in den Mustern klassischer studentischer Protestformen: Vorlesungstreik, Demo, Uni-Blockade, Sit-in/Hochschulbesetzung. Lediglich das Sprengen von Gremiensitzungen blieb auch dann unüblich.



Die pragmatische Gremienarbeit wurde in der Kernphase der Hochschultransformation¹⁰¹ in der ersten Hälfte der 90er Jahre recht bald Domäne sich herausbildender studentischer Experten. Diese studentischen Vertretungs'eliten' entwickelten in kürzester Zeit eine z.T. bemerkenswerte Sachkompetenz, prägten die örtlichen Erneuerungsprozesse wesentlich mit und zeigten sich in diesem Punkt großen Teilen der Professorenschaft gegenüber überlegen. Das anfangs hoffnungsvoll stark basisgetragene studentische Bewegtsein hingegen fand in diesen Abläufen relativ schnell zu west-, dann gesamtdeutscher Normalität: Beteiligung an der Interessenvertretung war alsbald Sache einiger weniger.

Damit waren die Voraussetzungen für die Bildung eines studentischen Funktionärstums gegeben. Der Umstand, dass in allen ostdeutschen Ländern eine gesetzlich verankerte Verfasste Studierendenschaft eingeführt wurde, sicherte dieses auch strukturell ab. Daneben meldeten sich regelmäßig basisorientierte Studierende und erinnerten daran, dass der StuRa kein AstA ist, also „keine Politik gespielt“ werden sollte, sondern es um Sachfragen ginge. Daher war die StuRa-Geschichte weithin eine Anti-AstA-Geschichte. Das kann nicht zuletzt aus einem Grunde erstaunen: Während die StudentInnen westdeutscher Herkunft an den Ost-Hochschulen in den 90er Jahren zwischen 10 und 20 Prozent der jeweiligen Studierendenschaften ausmachten, waren sie zugleich in den studentischen Vertretungsgremien mit etwa einem jeweils doppelt so hohen Anteil präsent. Dort trugen sie das pragmatisch orientierte StuRa-Modell und die entsprechende Kooperationskultur vollständig mit – sie waren in dieser Hinsicht binnen kurzem gleichsam ossifiziert. Insofern ließ sich der StuRa-AstA-Dualismus alsbald nicht mehr ausschließlich auf der Ost-West-Folie abbilden.

¹⁰¹ vgl. Peer Pasternack: Geschichte einer Komplexitätsreduktion. Wissenschaftstransformation in Ostdeutschland 1990ff., in diesem Heft, S. 47-49